

# Elsässische Identität und französische Territorialreform

## Die Auseinandersetzung um die neue Region Grand Est

Gerd F. Hepp

*Seit Anfang 2016 ist die Region Elsass nicht mehr existent. Sie ist nun Teil der Megaregion Grand Est. Im Elsass hat die von Paris aus verfügte Fusion, die ohne Volksbefragung durchgeführt wurde, heftige Proteste ausgelöst. Die Forderung, das Elsass als eigenständige Region zu erhalten, fand in der Bevölkerung nahezu ungeteilte Zustimmung. Der Verlust der Eigenständigkeit hat eine öffentliche Debatte über die elsässische Identität ausgelöst. Die Wertschätzung der Regionalsprache und der eigenen regionalen Kultur verzeichnen einen deutlichen Aufschwung.*

Seit dem 1. Januar 2016 ist das Elsass als administrativ-politische Größe von der Landkarte Frankreichs verschwunden. Die französische Nationalversammlung beschloss mit der Mehrheit der regierenden Sozialisten (PS) am 17. Dezember 2014 ein Gesetz zur Neuordnung der Territorialverwaltung, das die Zahl der Regionen von 22 auf 13 fast halbierte. Die seit 1982 bestehende Région Alsace ist dadurch zusammen mit den Regionen Champagne-Ardenne und Lorraine in der neu geschaffenen Bindestrich-Region Alsace-Champagne-Ardenne-Lorraine (ACAL) aufgegangen. Sie trägt nach einer Bürgerumfrage im Internet, an der sich jedoch nicht einmal 5 % der Bevölkerung beteiligten, die Bezeichnung Grand-Est. Entstanden ist so eine Megaregion, die viertgrößte Region innerhalb Frankreichs, die sich vom Rhein über die belgische Grenze bis zur Region Ile-de-France und damit bis vor die Tore von Paris erstreckt. Sie vereint drei historisch, kulturell,

aber auch ökonomisch unterschiedliche Gebiete unter einem gemeinsamen Dach. Eine rein technokratische Entscheidung, die eine Region ohne innere Kohärenz, ein künstliches Gebilde ohne Rücksicht auf gewachsene regionale Identitäten geschaffen hat, in der die Abstände zwischen Bürgern und Entscheidungszentren erheblich weiter geworden sind. Von der Fläche deutlich größer als Baden-Württemberg, zählt sie mit 5,5 Mio. Einwohnern aber nur etwa halb so viele Einwohner. Der Grand Est umfasst 10 Départements, darunter auch die beiden elsässischen Haut Rhin und Bas Rhin. Nach dem Vorbild der deutschen Bundesländer sollten moderne, im europäischen Wettbewerb leistungsfähige Gebietskörperschaften entstehen und zugleich die überfällige Entflechtung des administrativen Kompetenzdschungels mit seinen Mehrschichtigkeiten (»le millefeuilles administratif«) in Angriff genommen werden.<sup>1</sup> Wichtigstes Ziel waren jedoch Einsparungen,



Alsace-Champagne-Ardenne-Lorraine (Foto: Oie blanche, Wikimedia Commons)

doch spricht man inzwischen eher von den enormen Implementationskosten, die das gigantische Reformprojekt verschlingen wird.<sup>2</sup>

Hinsichtlich der politischen Bedeutung sind die neuen Regionen bei weitem nicht mit deutschen Bundesländern, eher schon mit einem Regierungsbezirk, zu vergleichen. Die Gesetzgebungskompetenz liegt nach wie vor ausschließlich bei der Nationalversammlung in Paris. Auch wurden die Kompetenzen der Regionen durch die Reform nur marginal erweitert, in einem wichtigen Punkt sogar reduziert: So wurde ihnen die bisherige *compétence générale*, also das Selbstbefassungsrecht

mit regionalen Angelegenheiten, entzogen. Sie verfügen auch künftig nur über ein sehr bescheidenes Budget und wenige selbständige Einnahmemöglichkeiten. Zum Vergleich: Für das Jahr 2016 stehen dem Grand Est 2,5 Mrd. Euro, dem Land Baden-Württemberg dagegen über 44,2, also über das 11-fache an Finanzmitteln zur Verfügung.<sup>3</sup>

Die Dezentralisierung und die Neuordnung der Gebietskörperschaften einschließlich ihrer Kompetenzen ist in Frankreich seit Jahrzehnten ein Dauerthema. Präsident Hollande hatte sich aber wohl erst Anfang 2014 zu einer umfassenden Neuordnung entschlossen.

sen.<sup>4</sup> Ende Juni präsentierte er das fertige Reformprojekt einer überraschten Öffentlichkeit, dies allerdings in Form eines Interviews mit Regionalzeitungen. Von einer Volksbefragung war dabei keine Rede. Sowohl die Reform selbst, wie auch die diktatorische Vorgehensweise lösten in Frankreich vielerorts Unmut und Widerstand aus. Besonders heftig war die Ablehnung im Elsass, für das eine »kleine« Fusion mit Lothringen vorgesehen war. Dort bestand man auf der Erhaltung der Region Elsass. Wenige Wochen später wurde daraus die Großfusion, als bei den parlamentarischen Beratungen mit einem Federstrich noch die anderorts unerwünschte Champagne-Ardenne hinzugefügt wurde. Aus der Protestbewegung wurde nun ein Flächenbrand.<sup>5</sup> Premierminister Valls heizte die Stimmung weiter an, als er im Oktober 2014 in der Nationalversammlung die elsässischen Abgeordneten mit der Aussage provozierte, es gäbe nur ein französisches, aber kein elsässisches Volk.<sup>6</sup> Die Zorn gegen die »Jakobiner in Paris« dokumentierte sich denn auch in einer Umfrage des französischen Meinungsforschungsinstituts BVA im Herbst 2015. 85 % der elsässischen Bevölkerung sprachen sich gegen die neue Großregion aus, obwohl Paris relativ früh die beschwichtigende Zusicherung erteilt hatte, Straßburg werde Hauptstadt der neuen Region werden.<sup>7</sup>

Dass sich im Elsass eine solche Protestwelle über viele Monate hinweg organisierte, kam auch für das politische Frankreich überraschend. Die elsässische Mentalität ist traditio-



Widerstand gegen die Territorialreform  
(Foto: Paralacre, Wikimedia Commons)

nell eher konservativ und legalistisch geprägt, Protestaktionen und Demonstrationen haben Seltenheitswert. Um die Fusion abzuwenden, machten Regional- und Lokalpolitiker den Gegenvorschlag einer inneren Fusion, die 2013 bei einer Volksbefragung gescheitert war. Die bisherigen drei Gebietskörperschaften sollten zu einem »Conseil Unique d'Alsace«, einem elsässischen Einheitsrat, verschmolzen werden. Dies forderte eine Resolution, die fast einstimmig von den Generalräten beider Départements, dem elsässische Regionalrat sowie insgesamt 115 Kommunen verabschiedet wurde. Der Protest fand zudem auch rasch seinen Weg in die sozialen Netzwerke. Eine Online-Petition des Bürgermeisters von Mulhouse mit dem Titel »L'Alsace reste seule« kam innerhalb nur weniger Wochen auf 60 000 Unterschriften, eine facebook-Aktion »Non à la Fusion« mobilisierte 20 000 Sympathisan-



Demonstration gegen die Fusion in Straßburg (Foto: Claude Truong-Ngoc, Wikimedia Commons)

ten und für die Abhaltung eines Referendums der Initiative »Alsace retrouve ta voix« kamen 115 000 Unterschriften zusammen. Zusätzlich kam es in zahlreichen Städten und Gemeinden zu einer Welle von Demonstrationen und Aktionen. Höhepunkt war eine große Kundgebung gegen die Zwangsfusion in Straßburg am 11. Oktober 2014, an der sich über 10 000 Personen beteiligten. Aufgerufen hierzu hatte ein breites Bündnis der oppositionellen UMP, der regionalen Wirtschaftskammern, mehrerer elsässische Regionalparteien sowie einer Reihe von Organisationen aus der Zivilgesellschaft. In einem Meer von rot-weißen Fahnen waren Spruchbänder oder Slogans wie »Alsace libre-freies Elsass«, »Le centralisme parisien tue l'Alsace« oder »Mir welle bliewe was mir sin« zu lesen. Quer durch alle soziale

Schichten und Altersgruppen prägten vor allem auch junge Menschen und Frauen in traditioneller Tracht mit der schwarzen Schleife auf dem Kopf das für das Elsass ungewohnte Bild des Protestszenarios.

Die Verabschiedung des Fusionsgesetzes durch die Nationalversammlung im Dezember 2014 schuf eine neue Rechtslage und damit auch eine neue politische Ausgangssituation.<sup>8</sup> Die Implementierung der Fusion nahm nun Fahrt auf, die Wahlvorbereitungen für den neuen Regionalrat rückten in den Fokus der öffentlichen Wahrnehmung. Das breite Bündnis der elsässischen Protestbewegung löste sich nun rasch in zwei politische Lager auf: Auf der einen Seite standen die »Realisten« oder »Pragmatiker«, die aus legalistischen oder auch opportunistischen Gründen



Philippe Richert: Das Elsass ist für mich zu klein geworden (Zeichnung: Raymond Piela)

bereit waren, sich mit der von ihnen als unabweidbar bezeichneten neuen Realitäten abzufinden. Auf der anderen Seite stand das Lager der Regionalisten/Autonomisten, die weiterhin gegen die Fusion Sturm liefen und entschlossen waren, ihren Prinzipien treu zu bleiben und den Widerstand unbeirrt fortzusetzen.

Die Realisten wurden angeführt von dem bisherigen elsässischen Regionalpräsidenten Philippe Richert (UMP), auch er zuvor ein Gegner der Großregion und Verfechter einer Lösung »Elsass-pur«. Rasch suchte er nun Kontakte und Absprachen mit den anderen Teilregionen, wobei er gleichzeitig seiner elsässischen Klientel versprach, in der neuen Großregion das Beste für das Elsass herauszuholen. Seine abrupte Kehrtwendung begründete er mit dem Argument, das Gesetz sei zu respektieren, eine Volksbefragung chancenlos, die UMP müsse nun Verantwortung übernehmen und könne keinesfalls das Feld dem mächtig erstarkten Front National überlassen. Der Frontenwechsel geriet ihm zum politischen Erfolg und erwies sich auch für seine persönliche Karriere als förderlich. Seitens der Autonomisten trug ihm das den Vorwurf ein, ein »Judas der modernen Zeit« zu

sein.<sup>9</sup> Früh als Spitzenkandidat der Republikaner nominiert ging er bei den Wahlen zum neuen Regionalrat im Dezember 2015 in der Stichwahl mit 48,5 % als klarer Sieger hervor. Kurz danach folgte seine Wahl nicht nur zum Präsidenten der ALCA, sondern auch zum Präsidenten der neugebildeten »Association des Régions de France« (ARF). Ein wichtiges Amt, denn die ARF könnte ein Machtvakuum füllen, das dadurch entstanden ist, dass die Territorialreform auch die traditionelle Ämterhäufung, also die gleichzeitige Ausübung legislativer und exekutiver Ämter abgeschafft hat. Dadurch wurde die traditionelle Machtposition der Provinznotablen beseitigt, die z. B. als Département- oder Regionalrat in Paris als Abgeordnete oder Senatoren oft sehr erfolgreich die Interessen ihrer Region vertreten konnten.<sup>10</sup>

Den »Realisten« gegenüber stand das Lager der Regionalisten/Autonomisten, die sich nun in einer deutlichen Minderheitsposition befanden. Die Hoffnung auf eine nachträgliche Korrektur der Fusion wollten sie dennoch nicht kampflos aufgeben. Eine politische Revision durch neue politische Mehrheiten, die sich im Superwahljahr 2017 nach den Präsidenten- und Parlamentswahlen ergeben könnten, erschien jedoch kaum realistisch. Immerhin hatte ja Nicolas Sarkozy für die oppositionelle UMP bei einer öffentlichen Kundgebung im Dezember 2014 in Mulhouse das Versprechen abgegeben, bei einer Rückkehr an die Macht werde man die Fusion schlichtweg annullieren und die Region Elsass wiederherstellen. Diesem Versprechen stand aber nicht nur die normative Kraft des Faktischen gegenüber, sondern auch das Engagement der konservativ-bürgerlichen Republikaner, die es sich zur Aufgabe machten, als führende politische Kraft die neuen Regionalstrukturen aktiv mitzugestalten.<sup>11</sup> So blieb nur

noch die Hoffnung auf den Rechtsweg. Mehrere Antragsteller reichten daher beim obersten Verwaltungsgericht, dem *Conseil d'Etat* Beschwerden ein, in denen sie die Annullierung des Fusionsgesetzes und die Aussetzung der Regionalratswahlen verlangten.<sup>12</sup> Sie konnten sich hierbei auf die auch von Frankreich ratifizierte Charta des Europarates über die lokale Autonomie, somit auf internationales Recht, berufen. Diese enthält in Artikel 5 die Bestimmung, dass bei einer Änderung der territorialen Grenzen eine vorherige Befragung der Bevölkerung in den betroffenen Gebietskörperschaften durchzuführen ist. Das Gericht, zugleich eine Beratungsinstanz der Regierung, die auch dessen Mitglieder ernennt, wies die Einsprüche jedoch zurück. Daraufhin wandten sich die Fusionsgegner mit einer Klage direkt an den Europarat. Dort hatten sie Erfolg. Im März 2016, also kurz nach den Regionalratswahlen, verurteilte der Europarat in scharfer Form fast einstimmig die Verletzung und Missachtung der Charta des Europarates durch die französische Regierung. Für das Land der Menschen- und Freiheitsrechte eine schallende Ohrfeige, für die Fusionsgegner dagegen nur ein Pyrrhussieg, nicht mehr als eine späte, politisch aber folgenlose Genugtuung.

Als Speerspitze der Regionalisten/Autonomisten profilierte sich die 2009 aus der ökologischen Bewegung entstandene Partei »Unser Land«.<sup>13</sup> Von ihrer Programmatik her eine authentische Regionalpartei hatte sie an dem für viele überraschend starken Wiederaufleben des elsässischen Identitätsbewusstseins maßgeblichen Anteil. Programmatisch setzt sie sich für die allgemeine Vertretung der Interessen des Elsass, vor allem aber für die Pflege und Bewahrung seiner kulturellen, sprachlichen und rechtlichen Besonderheiten ein. Schon bei den Départementwahlen im Früh-



Ein Referendum, das ist demokratisch – kein Referendum, das ist die Republik (Foto-Paralacre, Wikimedia Commons)

jahr 2015 konnte sie bemerkenswerte Erfolge erzielen. Bei den Regionalratswahlen errang sie im Elsass im ersten Wahlgang fast 12 % der Wählerstimmen, in zahlreichen Gemeinden im grenznahen und ländlichen Raum kam sie sogar auf 20 %. Nach den Republikanern und dem Front National wurde sie so im Elsass zur dritten politischen Kraft, noch vor den regierenden Sozialisten und den Grünen. »Unser Land« steht in schroffer Opposition zum Pariser »Hyperzentralismus«, orientiert sich an der Idee eines »Europa der Regionen« sowie am föderalistischen Modell der Nachbarn am Oberrhein. Die Partei fordert unter Berufung auf das Subsidiaritätsprinzip für das Elsass einen autonomen Rechtsstatus innerhalb der französischen Republik mit substanziellen Kompetenzen vor allem auch im Kulturbereich sowie ein eigenes Parlament wie schon zu Zeiten des Reichslands.

Versuchen wir nun die Argumente, die von den Regionalisten/Autonomisten gegen die Fusion ins Feld geführt wurden, abschließend zu bündeln. Abgesehen vom Zwangscharakter der Fusion betrifft ein erstes Argument die neuen Größenordnungen und deren poli-



»Unser Land«: Der Pariser Zentralismus tötet das Elsass (Foto: Paralacre, Wikimedia Commons)



Das Elsass im Fleischwolf der Territorialreform (Blog von Pat Thiébaud)

tische Folgen. In der Großregion bildet das Elsass nämlich die kleinste Teilregion, was sich auch in der Sitzverteilung im Regionalrat widerspiegelt. Dort entfallen von insgesamt 169 Sitzen künftig nur 47 auf die elsässischen Vertreter, so dass im Konfliktfall die elsässischen Interessen in eine Minderheitsposition geraten. Auch geographisch gerät das Elsass in eine Randlage. Es steht zu erwarten, dass der Fokus der neuen Region sich nach Westen in Richtung des Pariser Beckens verlagert und gleichzeitig bei der grenzüberschreitenden Kooperation künftig Belgien und Luxemburg in Konkurrenz treten zur Trinationalen Metropolregion Oberrhein (TMO). Dies könnte sich ökonomisch nachteilig auswirken, denn für die elsässische Wirtschaft stellt die Kooperation über den Rhein mit Baden, der Nordwestschweiz und der Pfalz eine wichtige Wohlstandsquelle dar. Da zudem im Elsass die Arbeitslosigkeit geringer, das Pro-Kopf-Einkommen deutlich höher liegt als in den beiden anderen Teilregionen, wird insgesamt

befürchtet, das Elsass werde auch ökonomisch zum großen Verlierer in der neuen Großregion werden.

Die gewichtigsten Gegenargumente sind jedoch identitätspolitischer Art.<sup>14</sup> Das Elsass ist historisch geprägt durch das Zusammenreffen der französischen und deutschen Kultur, durch eine kulturelle und sprachliche Dualität, in der die französische Sprache, die deutsche Standardsprache und die Regionalsprache des »Elsasserditsch« in seiner alemannischen und fränkischen Variante, die sprachliche und kulturelle Landschaft dieser Region über Jahrhunderte geformt haben.<sup>15</sup> Diese Dualität entwickelte sich in den verschiedenen historischen Phasen, in denen das Elsass oft zum Objekt nationaler Interessenpolitik wurde, zumeist in einem intoleranten oder feindseligen Gegeneinander, selten in einem komplementär-kooperativen Miteinander. Seit dem Zweiten Weltkrieg waren die Elsässer zudem bemüht, sich als gute Franzosen zu beweisen, galt es doch als chic,



Zweisprachig unsere Zukunft – Unsri Sproch isch Unser Schatz  
 (Foto: Cédrix Joubert – Land un Sproch, n. 195)

Französisch zu sprechen, während die elsässische Muttersprache als altmodisch und karrierehemmend verächtlich gemacht wurde. Als Ergebnis dieser historisch bewegten Dualität ist festzuhalten, dass heute die Frankophonie alle öffentlichen und privaten Lebensbereiche dominiert, die deutsche Sprache faktisch zur Fremdsprache geworden ist und der einheimische Dialekt vom Aussterben bedroht ist. Dieser Uniformisierungsprozess ist jedoch nicht nur dem jakobinischen Zentralismus und seiner traditionellen Intoleranz gegenüber regionalen Minderheiten und ihrem spezifischen Kulturerbe geschuldet. Er hat vor allem auch damit zu tun, dass die elsässischen Eliten und hier vor allem auch die konservativ-bürgerlichen Parteien, die traditionell die politische

Landschaft beherrschen, in den letzten Jahrzehnten selbst viel zu wenig für die Bewahrung des eigenen kulturellen Erbes und der eigenen Muttersprache getan haben. Das gesellschaftliche Bewusstsein für die duale Besonderheit, die den Wesenskern der elsässischen Identität ausmacht, ist so weitgehend auf eine Restgröße geschrumpft. Dennoch gibt es, verstärkt seit der Jahrhundertwende, auch deutliche Anzeichen für einen Gegen-trend, so dass man durchaus von Ansätzen einer Renaissance der elsässischen Identität sprechen kann.<sup>16</sup> Sie manifestiert sich in zahlreichen Initiativen von Vereinen, kulturellen Assoziationen und auch öffentlichen Institutionen, deren ehrgeiziges Anliegen es ist, die Bilingualität zu einem Markenzei-





Mir welle bliewe was mir sinn  
(Foto: Hubert Demange)

chen des Elsass zu machen und so die Regionalkultur neu zu beleben. Der bilingual-paritätische Sprachunterricht vor allem in den Grundschulen, aber auch in den Vorschulen, den *écoles maternelles*, wurde vor allem auf Wunsch junger Eltern systematisch ausgebaut, die Rolle des Deutschunterrichts im Elsass abgesichert und Auftrag und Ausstattung des elsässischen Sprachamts OLCA (Office pour la Langue et la Culture d'Alsace), das der Förderung des Dialektes und der regionalen Kultur dient, erweitert und verbessert.<sup>17</sup> Zunehmend wird so auch gerade jungen Menschen bewusst, dass es die sprachliche und kulturelle Dualität ist, die das Elsass in einer privilegierten Weise dazu befähigt, im künftigen Europa der Regionen eine Brückenfunktion zwischen Frankreich und Deutschland wahrzunehmen. Dies bedeutet eine große Chance,

die es beim Ausbau der grenzüberschreitenden Kooperation am Oberrhein zu nutzen gilt. Ermöglicht wurden diese Maßnahmen bisher auch durch die finanzielle Förderung seitens des elsässischen Regionalrats. Mit Blick auf die bevorstehende Fusion hat dieser noch im Juni 2015 mit den Départements, den schulischen Behörden und der OLCA drei mehrjährige Verträge zur Förderung der Zweisprachigkeit, des Dialekts und der regionalen Kultur abgeschlossen.<sup>18</sup> Allerdings bestehen große Zweifel, ob die neue Megaregion sich diese und analoge elsässische Anliegen künftig zu eigen machen wird. Hinzu kommt, dass der Hauptsitz des Rektors der Akademie, der für die Schulämter und die Universitäten zuständig ist, künftig in Nancy angesiedelt ist. Ähnliche Befürchtungen gelten auch für den Weiterbestand der zahlreichen lokalen Sonderrechte (*Droit Local alsacien-mosellan*), über die das Elsass und das lothringische Département Moselle seit der Reichslandzeit auch heute noch verfügen. Sie betreffen u. a. die lokale Selbstverwaltung, das Handwerk, den besonderen Rechtsstatus der Kirchen im ansonsten laizistischen Frankreich, den schulischen Religionsunterricht wie auch die seinerzeit erfolgte Übernahme des deutschen Sozialversicherungssystems. Viele dieser Gesetze erweisen sich aus Sicht der Elsässer als wesentlich vorteilhafter als die nationale französische Gesetzgebung. Auch hier ist das Misstrauen groß, dass zumindest langfristig diese Sonderrechte ausgehöhlt oder in Frage gestellt werden könnten. Insofern bleibt zu hoffen, dass die von Jean-Marie Woehrling, dem Präsidenten des Straßburger »Institut du Droit Local Alsacien-Mosellan« mit Blick auf die Fusion konstatierte »Unruhe in der Bevölkerung eine echte Bewegung wird, die der elsässischen Identität einen neuen Schwung geben könnte«.<sup>19</sup>

- 1 Vgl. hierzu: Jean-Marie Woehrling, Die Fusion der Regionen in Frankreich und ihr Auswirkung auf das Elsass, in: Verwaltungsblätter Baden-Württemberg (V/BW), Heft 1, 2016, S. 17.
- 2 Skepsis, ob das französische System überhaupt reformfähig ist, wird in einer vom Deutsch-Französischen Institut Ludwigsburg in Auftrag gegebenen Studie geäußert. Vgl. Dominik Grillmayer, Territorialreform in Frankreich: Ambitionierter Staat, Schwächen im Abschluss, in: DPAP analyse, Nr. 13, Oktober 2015, S. 11.
- 3 Im Rahmen dieser bescheidenen Ausstattungen besitzt der Regionalrat eine Zuständigkeit für die Wirtschaftsförderung, die Beschäftigungspolitik, die Raumplanung, die berufliche Ausbildung, die regionale Infrastruktur, die Umwelt- und Energiepolitik, das Transportwesen, sowie den Bau der Collèges und Lycées.
- 4 Vgl. Dominik Grillmayer, a. a. O., S. 4.
- 5 Vgl. hierzu den Beitrag »Reforme territoriale. Le (mauvais) feuillet de l'été, in: Land un Sproch«, n. 191, S. 3 ff.
- 6 Die zentralen Sätze lauteten: «Il n'y a pas de peuple alsacien. Il n'y a qu'un seul peuple français [...] je m'opposerai avec la plus grande détermination à tout projet visant à défaire notre pays et la Nation. La France est une et indivisible». In: <http://france3-regions.francetvinfo.fr/alsace/2014/10/14/manuel-valls-il-n-y-pas-de-peuple-alsacien-il-n-y-qu-un-seul-peuple-francais-571364.html>, aufgerufen am 19.7.2016.
- 7 L'Alsace, 24.10.2015: »Les Alsaciens rejettent la fusion.«
- 8 Eine Beschwerde gegen das Gesetz vor dem Conseil Constitutionnel, eingereicht von 144 Abgeordneten der oppositionellen UMP, die eine Volksbefragung in den betroffenen Regionen forderten, hatte dieser zurückwiesen, indem er seine Nichtzuständigkeit erklärte.
- 9 So in einem Beitrag von Bernard Wittmann für den Verein »Unsri Heimet«. In: <http://blog.unsriheimet.eu/2015/03/un-judas-des-temps-modernes/>, aufgerufen am 20.7.2016.
- 10 Dominik Grillmayer, a. a. O., S. 11.
- 11 Am 30. Mai wurde der Parteiname UMP (Union pour un mouvement populaire) durch die Bezeichnung Les Républicains ersetzt.
- 12 Franck Buchy, Régions: un nouveau recours devant le Conseil d'Etat, in: Dernières Nouvelles d'Alsace, 15.9. 2015.
- 13 <http://www.unserland.org/programme/principes/>, aufgerufen am 21.7.2016.
- 14 Einen ausgezeichneten historischen Überblick über die Entwicklung der elsässischen Identität bietet Marc Lienhard, Spannungsfelder einer Identität: Die Elsässer, Stuttgart 2011.
- 15 So die Charakterisierung des Präsidenten der René Schickelé Gesellschaft in Straßburg, Jean-Marie Woehrling, a. a. O., S. 19.
- 16 Sogar der Dialekt gilt neuerdings wieder als chic bei der jungen Generation. Vgl. hierzu den Beitrag von Peter Burri, Das Elsässerditsch im Aufwind – die junge Generation steht wieder komplexfrei zum Dialekt, in: Basler-Zeitung, 2.12.2014.
- 17 Der paritätische Sprachunterricht ist heute in 14 % der Grundschulen eingeführt, bis 2030 soll dieser Anteil auf 25 % erhöht werden. Vgl. hierzu: Alain Hohwiller, Réforme territoriale-Alsace, la fusion, c'est dans six mois [...], in: Eurojournalist(e), 24. Juni 2015.
- 18 Ebenda.
- 19 Jean-Marie Woehrling, a. a. O., S. 19.



Anschrift des Autors:  
Prof. Dr. Gerd F. Hepp  
Speckbacherweg 14  
79111 Freiburg  
gfhepp@arcor.de